



## Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500  
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh-gruene-fraktion.de

**Nr. 364.19 / 15.10.2019**

## Grüne fordern Sofortmaßnahmen von der Bundesregierung

Zur Situation in Schleswig-Holsteins Kinderkliniken sagt die gesundheitspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Marret Bohn**:

„Die Situation in den Kinderkliniken in Schleswig-Holstein ist eine vollständige Bankrotterklärung für die Gesundheitspolitik der großen Koalition. Wenn kleine Kinder und ihre Familien für eine Behandlung quer durchs Land geschickt werden müssen, ist das eine Zumutung für alle Beteiligten. Die Sicherheit der Kinder muss höchste Priorität haben.

Die Bundesregierung hat die Entwicklung in der Kinderheilkunde offensichtlich komplett verschlafen. Die Lage der Kinderkliniken ist im Wesentlichen auf die zunehmende Ökonomisierung im Gesundheitswesen zurückzuführen.

Eins der größten Probleme für die Krankenhäuser ist die derzeitige Krankenhausfinanzierung. Sie ist völlig überholt und muss abgeschafft werden. Wir brauchen eine komplette Neuaufstellung - so wie bisher kann es nicht weitergehen. Erst vor wenigen Wochen forderten Hunderte von Ärzt\*innen im Stern einen radikalen Kurswechsel. Was muss denn noch passieren, bevor die große Koalition handelt?

Wir Grüne fordern für das neue System der Krankenhausfinanzierung einen ausreichenden Sockelbetrag für die Kinderheilkunde, genauso wie für die Geburtshilfe. Dieser muss die anfallenden Personal- und Sachkosten für eine Rund-um-die-Uhr Versorgung abbilden und die Tariferhöhungen berücksichtigen.

Die aktuelle Situation führt einmal mehr vor Augen, dass sich der Fachkräftemangel besonders in der Pflege von Tag zu Tag verschärft. Im Jamaika-Bündnis haben wir Grüne für unser Bundesland eine Personal-Analyse mit klaren Handlungsempfehlungen für die

Bereiche Gesundheit und Pflege durchgesetzt. Dies brauchen wir auch dringend auf Bundesebene.“

\*\*\*